Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues und das angrenzende Lothringen.

Vierteljährlicher Bezugspreis durch unsere Agenten 12 Mk. Mit der Post bezogen 15 Mk. Zeilenpreise: a) für Anzeigen 61 m/m Borgiszeile 1 Mk., b) für Reklamen 83 m/m 2 Mk. Bei Wiederholungen günstigster Rabatt.

Nr. 32. 50. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. — In Saarlouis die Geschäftsstelle: Gefängnisstraße Nr. 4. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. — Fernsprecher: Expedition Nr. 2. Redaktion Nr. 32. Postfach 30.

Im Falle höherer Gewalt oder bei Störungen im Betrieb hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung.

Erstes Blatt.

× Notwendigkeit einer gesunden Finanzierung des Saarzentrums.

Von Ludwig Melzer.

„Wähle gehn ich jo, un wähle ach Zentrum, awer nun soll das ach noch ebbes koschte." Mein lieber Freund, wenn Du Zentrum wählst, so wirst Du auch wünschen, daß viele das Gleiche tun. Damit dieses möglich wird, dürfen wir uns nicht begnügen, nur in den Zeiten, wo die politischen Wogen hochgehen, in den Wahlzeiten, zu wirken, wir müssen auch eifrig arbeiten in den ruhigen Zeiten, unsere Scharen zusammenfassen.

Der vorhergehende Artikel hat bewiesen, daß die straffe Organisation der Partei eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Das am 1. Dezember 1920 ins Leben gerufene Generalsekretariat der Zentrumspartei des Saargebietes liegt im dringenden Interesse der Partei und entspricht einem allgemeinen, langgehegten Wunsche. Die dem Parteisekretariat zugewiesene Arbeit umfaßt ein ausgedehntes Feld und muß unter allen Umständen sachungsgemäß durchgeführt werden. Können wir aus Mangel an Mitteln nur halbe Arbeit leisten, so geben wir es lieber auf. Eine halbe Arbeit hat gar keinen Wert.

In unseren teueren Zeiten verlangt die Unterhaltung eines Parteisekretariates große Summen. Die angestellten Kräfte müssen ihr Auskommen finden. Da muß Miete für die Büroräume gezahlt werden, es muß eine Büroeinrichtung angeschafft werden. Die Kosten für Drucksachen, Schreibmaterial, Schreibmaschine, Telephon, Porto, Heizung und Licht sind sehr hoch. Das Parteisekretariat muß eine beträchtliche Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften der verschiedensten Parteirichtungen halten. Das erfordert, da besonders die großen teuren Zeitungen nicht entbehrt werden können, sehr viel Geld. Auch müssen wir an die dringend notwendige Einrichtung einer Bibliothek denken, die den Parteifreunden und besonders den Rednern zur Verfügung steht. Damit müssen wir eine Einrichtung verbinden, welche die Parteischriften unter die Masse verbreitet. Von äußerster Wichtigkeit ist es, daß wir einen Reservefonds für die Wahlzeiten schaffen. Es darf nicht wieder vorkommen, daß die Partei sich mit einer Wahlschuld von 20000 Mark, wie es leider jetzt der Fall ist, jahrelang hinschleppen muß.

Als die Partei das Generalsekretariat ins Leben rief, hat sie sich auf den Idealismus der Zentrumswähler verlassen, die an den Ufern der Saar wohnen. Diese Hoffnung darf nicht enttäuscht werden.

Dabei ist unter allen politischen Parteien die Zentrumspartei diejenige, welche von ihren Mitgliedern die geringsten Beiträge einzieht. Die eingeschriebenen sozialdemokratischen Wähler zahlen als geringsten jährlichen Beitrag 52 Mk. Der geringste jährliche Beitrag der Zentrumspartei beträgt 2 Mk. Dieser Mindestsatz ist angenommen worden, um auch den Armen die Möglichkeit zu bieten, eingeschriebene Mitglieder der Partei zu werden. Doch können und müssen im allgemeinen höhere Jahresbeiträge gezahlt werden. Nach oben hin ist keine Grenze gesetzt. Nach den bisherigen Erfahrungen ist glücklicherweise die Zahlung des mindesten jährlichen Beitrags von 2 Mk. eine seltene Ausnahme. Es bricht sich immer mehr die Ueberzeugung Bahn, daß bei einem Jahresbeitrag von nur 2 Mk., auch bei größter Sparsamkeit, die Einnahmen nicht in Einklang gebracht werden können mit den notwendigen Ausgaben.

Wenn einmal die Organisation das ganze Saargebiet umspannt, werden die laufenden Mitgliederbeiträge die Kosten decken können. Aber die Hoffnung, daß dies schon im ersten Jahre der Fall sein wird, entbehrt jeder realen Grundlage, da die meisten Orte noch keine festgefügte Organisation besitzen.

Der finanziellen Not der Partei muß aber gesteuert werden. Die Erkenntnis dieser unumgänglichen Notwendigkeit hat den vom Gesamtvorstand in der Sitzung der Ausschußmitglieder aus allen Saarkreisen einstimmig gefaßten Beschluß geboren, eine Zentrumsspende zu veranstalten an allen Orten des Saargebietes, auch an denjenigen, in welchen die Organisation noch nicht ganz durchgeführt ist.

Kein Ort darf da zurückbleiben.

Diese Spende muß im ganzen Saargebiet einheitlich organisiert werden. Eine jede Vertrauensdame und ein jeder Vertrauensmann erhält eine Liste und sammelt in ihrem oder seinem Bezirke die Beiträge von Haus zu Haus durch namentliche Einzeichnung der Spenden. Diesbezügliche Rundschreiben sind schon an alle Vorsitzenden der Partei gesandt worden.

Ein jeder möge nach seinen Kräften spenden!

Wer die Zentrumspartei unterstützt, tritt damit für Religion und Sitte, für Volkswohlfahrt und Besserung der sozialen Zustände, für die Durchdringung des gesamten Lebens mit den christlichen Grundsätzen, besonders für die Verteidigung der konfessionellen Schule.

Ein schönes Bild hängt irgendwo: Ein großes braunes Kreuz steht fest auf einem von stürmischen Meereswogen — diese bedeuten die drohenden feindlichen Gefahren — umbrandeten Felsen. Am Fuße des Kreuzes sitzt eine Mutter, innig versunken in die Betrachtung des auf ihrem Schoße ruhenden Kindes. Eine wirksame Darstellung der idealen Bestrebungen des Zentrums! Christliche Mutter, ist Dir Dein Kind lieb, so unterstütze diejenige Partei, die Dein Heiligstes schützt, die Seele Deines Kindes, seine christliche Erziehung in Haus und Schule!

Die Debatte im englischen Unterhaus über die Thronrede.

dz. London, 17. Febr. Das Unterhaus trat am 15. ds. Mts. um 4 Uhr nachmittags zusammen. Lloyd George und Bonar Law wurden seitens der Koalition mit lautem Beifall begrüßt. Lord Robert und Lord Cecil saßen auf den Oppositionsbänken. Asquith erklärte, die Thronrede sei bemerkenswert durch die Dinge, die sie nicht sage, besonders in Bezug auf die letzte Pariser Konferenz, auf der totale Beschlüsse gefaßt wurden, die in einigen wichtigen Einzelheiten den Vertrag von Versailles umstießen und umformten.

Asquith sagte, er hoffe, daß die Minister, wie das in Frankreich der Ministerpräsident und seine Kollegen getan hätten, eine weitgehende Erklärung über die neuen und weitreichenden Abmachungen abgeben werden. Asquith verlangte zu wissen, was, allgemein gesprochen, Zweck und Ziel der Londoner Orientkonferenz sei, und fragte, ob der Vertrag von Sevres im Hinblick auf eine mögliche Abänderung erörtert werden solle.

Thomas sagte, vor allem wolle er die Aufmerksamkeit auf die Lage in Irland lenken. Er forderte eine Untersuchung.

Nach Thomas

sprach Lloyd George.

Er erklärte mit Bezug auf Asquiths Ersuchen bezüglich einer Erörterung der Pariser Konferenz, daß im Verlaufe der nächsten Wochen eine Reihe wichtiger Konferenzen stattfinden würden, zu denen sich Vertreter der türkischen und der deutschen Regierung einfinden würden. Daher sei es unerwünscht, eine solche Debatte stattfinden zu lassen. Es sei sehr falsch, sich über eine Frage zu ergehen, ehe man gehört habe, was die andere Seite sagen wolle. Er wisse noch nichts über die

Art der deutschen Gegenvorschläge

und sei hoch erfreut, daß Gegenvorschläge gemacht werden sollen, die von den Sachverständigen Deutschlands sorgfältig erwogen würden. Im Hinblick auf die Wünsche Deutschlands, seine Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag wirklich zu erfüllen. Ehe man aber den Charakter dieser Vorschläge kenne, sei es nach seiner Ansicht unerwünscht, eine längere Diskussion im Hause stattfinden zu lassen. Er habe wirklich Sympathien für den französischen Ministerpräsidenten in der Lage, in die er dadurch versetzt worden sei, daß er viele Tage lang Fragen beantworten mußte bezüglich der Vorschläge, die man kenne, und der Gegenvorschläge, die man nicht kenne. Lloyd George erklärte, er könne Asquiths Bezeichnung der Konferenz als einer Umformung und Revision des Vertrages von Versailles nicht annehmen. Er erinnere das Haus wiederholt an die sehr wichtigen Bestimmungen, die in dem Vertrage ausgeführt würden, und die die Mächte in die Lage versetzten, Vorschläge zu einer Gesamttilgung der Verbindlichkeiten Deutschlands zu erwägen. Man habe sich vollkommen vergegenwärtigt, daß man alle Forderungen, die sich aus den von Deutschland begangenen Zerstörungen ergäben, und jede Forderung inbezug auf die Kriegsschäden entschieden vertreten wolle. Durch Protest, Prüfung und Erörterung würde man viele Zeit verbrauchen. Es sei wünschenswert auch im Interesse der Alliierten, daß eine Abmachung bezüglich der endgültigen Summe bestehe, wodurch die Alliierten dieser Erörterung überhoben würden. Das sei alles in dem Vertrag von Versailles enthalten.

Daher könne er nicht einsehen, daß die Vorschläge, über die man übereingekommen sei, als eine Abweichung von dem Vertrag von Versailles bezeichnet würden. Er glaube nicht, daß es wünschenswert sei, mehr über die Frage der Vorschläge zu sagen, als er bereits gesagt habe. Die wesentlichen Unterschiede zwischen den jetzigen und den früheren Vorschlägen beständen darin, daß eine Jahreszahlung bestehe, die sich nach dem Gedeihen Deutschlands richte. Das sei ein wesentliches Element, das auf der Pariser Konferenz beigefügt worden sei.

Was die

türkischen Fragen

angehe, so werde der Vertrag von Sevres jedenfalls zur Erörterung kommen. Das größte Interesse des britischen Reiches, der alliierten und der ganzen Welt an dieser Frage sei, daß der Friede hergestellt werde, sei es im Osten oder in Mitteleuropa. Die britischen Vertreter auf dieser Konferenz würden von dem höchsten Wunsche beseelt sein, dafür zu sorgen, daß die christliche Bevölkerung in der Türkei, die in der Vergangenheit so sehr unter der türkischen Mißwirtschaft zu leiden hatte, ihr Recht erhalte.

Hierauf erging sich Lloyd George noch in Ausführungen über Mesopotamien. Der Bericht Lord Milners über

Aegypten

soll dem Hause vorgelegt werden und es soll Gelegenheit haben, ihn zu beraten.

Bevor die Regierung die Konferenz mit den ägyptischen Ministern nicht gehabt habe, die bisher offiziell noch nicht in dieser Angelegenheit befragt worden seien, könne er nicht sagen, inwieweit sie den Bericht Lord Milners als Grundlage für die Verhandlungen annehmen könnten. Bevor man zu einem Entschluß gelange, würden auch, wenn möglich, die Minister der Dominions aufgefordert werden, ihre Ansicht zu äußern, da diese Frage von großer Bedeutung sei für das Reich und den Frieden im mittleren Osten und vielleicht auch für die günstigen Beziehungen zu Indien.

In längeren Ausführungen über

Irland

verteidigte Lloyd George die Nichtveröffentlichung des Stricklandberichtes. Der Bericht habe genug enthalten, um die Regierung davon zu überzeugen, daß die Mitglieder der Hilfstruppen Disziplinlosigkeiten begangen hätten. Gegen die in Betracht kommende Kompagnie sei auf das strengste eingeschritten worden. Lloyd George schilderte eingehend, wie die Verhandlungen zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes gescheitert seien und schloß: Bevor die Sinnfeiner nicht den Gedanken an die Errichtung der Unabhängigkeit Irlands durch Waffengewalt aufgäben, könne kein Frieden mit ihnen geschlossen werden. Die Streikdrohung der Eisenbahner werde die Regierung nicht einschüchtern, fuhr Lloyd George fort. Lloyd George erklärte schließlich, er sei der Zuversicht, daß mit der Ordnung der irischen Frage auch die Ordnung in Irland wiederhergestellt werde.

Die Londoner Konferenz.

Die Frage der deutschen Vertreter.

— Berlin, 18. Febr. In politischen Kreisen erwartet man, daß bei der heute nachmittag zusammentretenden Sitzung des engeren Ausschusses zur Vorbereitung der deutschen Gegenvorschläge auch die Frage zur Besprechung gelangen wird, welche Vertreter Deutschland nach London schickt. Es ist möglich, daß in der morgigen Sitzung des weiteren Ausschusses die Namen der betreffenden Persönlichkeiten mitgeteilt werden. Die bisher in der Presse aufgetauchten Namen sind Kombinationen. Fest steht allein, daß Außenminister Dr. Simons selbst die Delegation führen wird. Auch daß Staatssekretär Bergmann an ihr teilnehmen wird, kann als ziemlich sicher gelten. Als weitere Mitglieder werden in der letzten Zeit genannt: Stinnes, Melchior, von Strauß, Direktor Krämer. Es ist nicht unmöglich, daß auch ein Vertreter der Reichswehr oder der Marine an der Reise nach London teilnimmt.

Vorbesprechungen der Alliierten.

— Paris, 18. Febr. Der Matin glaubt, daß Mitte nächster Woche bereits die Vorbesprechungen über die Reparationsfrage beginnen werden. Minister Loucheur wird mit den Sachverständigen schon am Mittwoch in London eintreffen; auch der Kriegsminister Barthou und Marschall Foch würden anwesend sein. Angesichts der deutschen Gegenvorschläge, für die ebenfalls bei den Neutralen und in den Vereinigten Staaten eine eifrige Propaganda gemacht werde, scheine es notwendig, daß genaue Entscheidungen bis in die kleinsten Details getroffen würden. Aus diesem Grunde seien die Vorbesprechungen unter den Alliierten von größter Wichtigkeit.

Die enormen Gehälter der Besatzungstruppen.

Nach einer Mitteilung der Londoner „Daily News" betragen die den Alliierten seit dem Waffenstillstand bis Ende September 1920 erwachsenen Besatzungskosten 35,9 Milliarden Papiermark. Diese Summe entspricht, wie die „Dena" erfährt, den der deutschen Regierung bereits bekannten Zahlen. Die ungeheuerliche Höhe dieser Kosten rührt in erster Linie daher, daß die Zahl der Besatzungstruppen über die Erfordernisse einer friedlichen Okkupation weit hinausgeht. Hinzu kommt jedoch noch die enorme Steigerung der Besatzungskosten durch die Höhe der den Besatzungstruppen zustehenden Gehälter. Nach Informationen der „Dena" erhält z. B. in der französischen Besatzungsarmee im Rheinland ein Unterleutnant unverheiratet 10800 Franken gleich 47196 Mark, ein Unterleutnant verheiratet 12000 Franken gleich 52440 Mark, ein Leutnant unverheiratet 13200 Franken gleich 57684 Mark, ein Leutnant verheiratet 15600 Franken gleich 68172 Mark, ein Hauptmann unverheiratet 16800 Franken gleich 73416 Mark, ein Hauptmann verheiratet 18600 Franken gleich 81282 Mark, ein Major unverheiratet 24000 Franken gleich 104880 Mark. Die Umrechnung ist hier nach dem Kurs vom 3. Januar 1921 (ein Franken gleich 4,37 Mark) erfolgt.

Die zweite Karlsruher Rede des deutschen Außenministers.

dz. Berlin, 18. Febr. Nach dem nunmehr vorliegenden amtlichen Text führte der Reichsminister Dr. Simons in seiner zweiten Karlsruher Rede u. a. noch aus: Die Franzosen ließen sich ungeheure Ziffern während des Krieges einreden. Sie sind enttäuscht, daß sie nun von der Hand in den Mund leben müssen. Sie erwarten, daß Deutschland ihnen kräftige Hilfe leistet. Sie greifen dabei weit über das hinaus, was Deutschland innerhalb der Grenzen seiner Kraft leisten kann. Allerdings ist auch in ihren Forderungen schon ein Rückgang zu bemerken. Ursprünglich forderten sie weit mehr als 120 Milliarden Goldmark. Sie schraubten aber in Boulogne ihre Forderungen zurück und sind erst jetzt wieder gegen die Boulogner Beschlüsse zurückgegangen. Allerdings nicht, ohne andererseits ihre ganze Hoffnung auf die Exportabgabe zu setzen. Sie werden in beiden Punkten die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben, denn es wird ihnen nicht gelingen, von uns diesen Wechsel auf die Zukunft zu erhalten. Es wird in London unsere Aufgabe sein, bessere Wege zu wissen. Die Lösung kann nur darin bestehen, daß man die ganze Welt in die Sanierung mit einbezieht. Durch unsere Arbeitskraft müssen wir den Geldgebern Sicherheiten stellen. Unsere Vorschläge für die Londoner Konferenz müssen innerlich durchdacht und praktisch durchführbar sein. Die Lösung möge aber durchdacht und durchführbar sein wie sie wolle, ich sehe der Londoner Konferenz trotzdem mit wenig Optimismus entgegen. Das Unheil ist geschehen, die Summen von Paris sind genannt worden; damit ist die Unvereinbarung der gegnerischen Standpunkte dargelegt. Kommen wir jetzt mit Vorschlägen, so wird jetzt gegen diese Vorschläge genau so rebelliert, wie wir gegen die Pariser Beschlüsse rebellieren. Das ist ein unglücklicher Vorklang für London. Es ist vielmehr im Voraus wahrscheinlich, daß die Londoner Konferenz in den ersten Versuchen kein Ergebnis zeitigen wird. Was wird aber dann geschehen? Zunächst wird der Zustand so sein, wie vor der Pariser Konferenz.

Eine Verständigung ist gescheitert. Wir gelten die Bestimmungen des Versailler Vertrages weiter. Man muß also zum 1. Mai 1921 die Summe der Schadenersatzansprüche der Gegner mitteilen, und eine Entscheidung treffen, in welcher Art die Bezahlung zu erfolgen hat. Die Reparationskommission muß dann von Zeit zu Zeit prüfen, ob es Deutschland möglich ist, die Zahlungen zu leisten. Die Reparationskommission hat ja bereits 40 Milliarden Goldmark in Bons am 10. 2. 1919 bei Abschluß des Friedens erhalten. Sie kann aber damit nichts anfangen. Weitere 40 Milliarden sollen auf Wunsch der Reparationskommission demnächst ausgegeben werden. Es ergibt sich, daß man sich über diese Lösung ein ganz falsches Bild gemacht hat. Man hat in Frankreich eine Finanzaktion damit anbahnen wollen, das ist aber unmöglich, denn zu viele Bestimmungen stehen dem entgegen. Keine Finanzmacht der Welt kann auf diese Bons Geld geben, sie sind keine Unterlage für eine Finanzaktion. Man kann sie nicht bankmäßig erwerben. Es hieße eine katastrophale Politik treiben, wenn wir die Pariser Beschlüsse in London anerkennen wollten, denn wir könnten sie nur anerkennen, indem wir bestimmt mit unserem Konkurs rechnen müssen. Oder wir müssen darauf hoffen, daß über kurz oder lang ein Einsturz oder eine Umbildung der politischen Ordnung in Europa einsetzen wird. Es ist nicht unsere Aufgabe, uns auf eine der beiden Lösungen vorzubereiten. Wir brauchen Ruhe und Verständigung für unsere Lage. Wir brauchen nicht erst einen neuen Krieg, denn wir haben Blut genug geopfert. Unser Weg kann uns nur durch Ruhe und sachliche Arbeit dahin bringen, daß wir den Ansprüchen der Alliierten gerecht werden können. Auf diesem Wege liegt aber die Ablehnung der Pariser Beschlüsse. Müssen wir ihn gehen, so müssen wir uns über die Folgen klar sein, und festhalten an dem, was wir einmal als richtig erkannt haben. Unbedingt nötig ist es, daß über alle Sorge und über Drohungen die Einheit des Reiches gewahrt bleibe. Die Pariser Beschlüsse würden in ihrer Konsequenz zur Vernichtung der Reichseinheit führen. Sie laufen auf eine dauernde Zerstückelung alles dessen hinaus, was wir in gemeinsamer Arbeit errungen haben. Hader, Neid und Mißgunst werden übermächtig. Die Reichseinheit wird zerstört, wenn man die Pariser Beschlüsse annimmt, nimmt man sie nicht an, so kommen die Sanktionen. Sie laufen auf ein Attentat auf die deutsche Einheit hinaus. Jedes Bestreben, das dahin geht, die deutschen Stämme auseinander zu reißen, ist ein Attentat auf die Verfassung. Ich habe hier bei meiner Reise das Gefühl gehabt, daß dieses auf den einheitlichen Widerstand der deutschen Bevölkerung stoßen wird. Je mehr man auf der Reichseinheit herumhämmert, desto fester wird man sie schmieden. Lassen Sie mich nach London gehen mit dem Gefühl, daß diese Einheit durch nichts zerstört werden kann. Dann werden Sie mir die Kraft und den Mut geben, dasjenige „Nein" zu sagen, das mir mein Gewissen und das Reich vorschreibt. Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir geschenkt haben und hoffe, Ihre Geschicke mehr zu wahren und zu erfüllen.